

PROTOKOLL über die SITZUNG
des
GEMEINDERATES der STADTGEMEINDE DEUTSCH-WAGRAM
vom
Donnerstag, den 22. Juni 2017

SITZUNG 04/2017

PROTOKOLL

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram vom Donnerstag, den 22. Juni 2017 im Sitzungssaal des Stadtamtes Deutsch-Wagram.

Vom Bürgermeister wurde die Gemeinderatssitzung ordnungsgemäß mittels Einladungskurrende unter Bekanntgabe der Tagesordnung einberufen und durch Kundmachung an der Amtstafel im Stadtamt öffentlich verlautbart. Die fristgerechte Zustellung der Einladung zur Gemeinderatssitzung wurde von allen Mitgliedern des Gemeinderates bestätigt.

Folgende Mitglieder des Gemeinderates sind anwesend:

Für die ÖVP:

1. Friedrich Quirgst
2. Andrea Schlederer
3. Hildegard Toth
4. Mag. Franz Spehn
5. Ulrike Mühl-Hittinger
6. Ing. Mag. Markus Mandl
7. Karl Haberreiter
8. Gertrude Zipko
9. Susanne Predl
10. Mag. Hannes Quirgst
11. Renate Forsthuber
12. Janos Gorondy, MSc
13. Ing. Christiana Gratzner
14. Ing. Hubert Allmer
15. Gerhard Kainz
16. Franz Wald
17. Sabine Krejca
18. Klaus Artner
19. Robert Weber

Für die SPÖ:

20. Harald Nikitscher
21. Jacqueline Wehofer
22. Robert Stastny
23. Eva Ewald
24. Herbert Jeindl
25. Gustav Ewald (entschuldigt abwesend)

Für die Iwir Deutsch-Wagram:

26. Daniela Böckl
27. Mag. Peter Lauppert
28. D.I. Gunter Hiermann

Für die GRÜNEN:

29. D.I., Dr. Bettina Bergauer
30. Mag. Heinz Bogner

Für die FPÖ:

31. Werner Cermak
32. Gerhard Gruber

Fraktionslos:

33. D.I. Sabine Nolte

Vom Bürgermeister als Vorsitzenden wird die Gemeinderatssitzung um 19:00 Uhr eröffnet.

Nachdem 32 Mitglieder des Gemeinderates von insgesamt 33 Mitgliedern anwesend sind, ist die Beschlussfähigkeit durch Anwesenheit von mindestens zwei Drittel der Mitglieder des Gemeinderates gegeben, was vom Vorsitzenden festgestellt wird.

Vom Vorsitzenden wird berichtet, dass bis vor Beginn der Sitzung 7 Dringlichkeitsanträge schriftlich eingebracht wurden. Für fraktionelle Beratungen unterbricht der Vorsitzende die Sitzungstätigkeit für die Zeit von 19:02 bis 19:45 Uhr.

Der Vorsitzende erteilt GRin Bergauer das Wort um den ersten Dringlichkeitsantrag, „Förderung Turnsaal Mustersanierung“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen. Dem Antrag wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt und er wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 11 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Vorsitzende erteilt GR Bogner das Wort um den zweiten Dringlichkeitsantrag, „Unverzügliche Behebung jener im Radkonzept der Grünen Deutsch-Wagram aufgezeigten fehlenden Zusatztafel „ausgenommen Radfahrer“ im Bereich Durchgang Bahnsteig“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen. Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit 11 Stimmen gegen 21 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, FPÖ) nicht zuerkannt und er wird daher nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Angelegenheit von ihm dem zuständigen Ausschuss 4 zur weiteren Behandlung zugewiesen wird.

Der Vorsitzende erteilt GR Bogner das Wort um den dritten Dringlichkeitsantrag, „Unverzügliche Behebung jener im Radkonzept der Grünen Deutsch-Wagram aufgezeigten nicht-STVO konformen Rad- und Gehweg Beschilderungen am Kreisverkehr B8“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen. Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit 11 Stimmen gegen 21 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, FPÖ) nicht zuerkannt und er wird daher nicht in die Tagesordnung aufgenommen. Der Vorsitzende gibt bekannt, dass diese Angelegenheit von ihm dem zuständigen Ausschuss 4 zur weiteren Behandlung zugewiesen wird.

Der Vorsitzende erteilt GRin Wehofer das Wort um den vierten Dringlichkeitsantrag, „Ankauf und Anbringung einer Regenbogenfahne durch die Stadtgemeinde Deutsch-Wagram“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis zu bringen. Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit 11 Stimmen gegen 21 Stimmen (Gegenstimmen: FPÖ, Enthaltungen: ÖVP) nicht zuerkannt und er wird daher nicht in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Vorsitzende erteilt VizeBGMIn Schlederer das Wort und diese bringt den fünften Dringlichkeitsantrag, „Resolution zur Förderung der Inklusion bei gleichzeitigem Erhalt der Sonderschulen“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis. Dem Antrag wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt und er wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 12 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Vorsitzende erteilt GR Cermak das Wort und dieser bringt den sechsten Dringlichkeitsantrag, „Resolution: Nein zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis. Dem Antrag wird die Dringlichkeit einstimmig zuerkannt und er wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 13 in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Vorsitzende erteilt SR Nikitscher das Wort und dieser bringt den siebenten Dringlichkeitsantrag, „Betreuungspersonal schulische Nachmittagsbetreuung“, den Mitgliedern des Gemeinderates zur Kenntnis. Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit 30 Stimmen gegen 2 Stimmen

(Enthaltungen: VizeBGM in Schlederer, SR in Mühl-Hittinger) zuerkannt und er wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 16 in die Tagesordnung aufgenommen.

Im Anschluss bringt der Vorsitzende den Mitgliedern die Tagesordnung des Gemeinderates nach Behandlung der Dringlichkeitsanträge zur Kenntnis:

TAGESORDNUNG:

1. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
2. Genehmigung Dienstpostenplan 2017
3. Genehmigung Nachtragsvoranschlag 2017
4. Vergabe von Subventionen
5. Ankauf EDV Amtsgebäude
6. Grundstücksangelegenheit gem. § 13 LTG (GZ 3903/17)
7. Grundstücksangelegenheit gem. § 13 LTG (GZ 9299)
8. Übereinkommen mit ASFINAG vorübergehende Grundinanspruchnahme
9. Änderung Bebauungsplan (4. AeB)
10. Abschluss eines Mietvertrages für Räumlichkeiten Bahnhof DW
11. Förderung Turnsaal Mustersanierung (Dringlichkeitsantrag)
12. Resolution zur Förderung der Inklusion bei gleichzeitigem Erhalt der Sonderschulen (Dringlichkeitsantrag)
13. Resolution: Nein zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe (Dringlichkeitsantrag)
14. Stadtbuss (verlangt nach § 46 Abs. 1 NÖGO)

Im nicht öffentlichen Teil:

15. Genehmigung von Personalangelegenheiten
16. Betreuungspersonal schulische Nachmittagsbetreuung (Dringlichkeitsantrag)

Ohne weitere Wortmeldung wird die Tagesordnung zur Kenntnis genommen und geht der Vorsitzende in diese ein.

zu Punkt 1:

berichtet der Vorsitzende, dass eine Abschrift des Protokolls der Gemeinderatssitzung vom 13. Juni 2017 den zur Fertigung des Sitzungsprotokolls ermächtigten Mitgliedern des Gemeinderates zur Verfügung gestellt wurde.

Das Protokoll wurde vom Vorsitzenden, vom Schriftführer, von SR Mandl für die ÖVP, von GR in Bergauer für die GRÜNEN, von GR Cermak für die FPÖ und von GR in Nolte ohne Einwendungen zu erheben unterfertigt. Von GR in Böckl für WIR und SR Nikitscher für die SPÖ wurde das Protokoll nicht unterfertigt und es werden Einwendungen erhoben.

Der Vorsitzende erteilt SR Lauppert das Wort und dieser bringt den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates die Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung zur Kenntnis.

Der Vorsitzende bringt den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates die Bestimmungen des § 50, NÖGO auszugsweise zur Kenntnis. Es folgt eine Debatte mit Wortmeldungen von SR Lauppert, SR Nikitscher und eine Erläuterung des Vorsitzenden. Nach Wortmeldung von SR Nikitscher bringt dieser den anwesenden Mitgliedern des Gemeinderates seine Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Gemeinderatssitzung zur Kenntnis.

Es folgt eine Debatte mit wiederholten Wortmeldungen von SR Mandl, SR Nikitscher, SR Lauppert und GR in Böckl, sowie wiederholte Erläuterungen des Vorsitzenden.

Letztgenannter lässt zuerst über die Einwendungen, eingebracht von SR Lauppert, abstimmen und diese werden mit 12 Stimmen gegen 20 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, Enthaltung GRin Nolte) nicht angenommen.

Anschließend lässt der Vorsitzende über die Einwendungen, eingebracht von SR Nikitscher, abstimmen und diese werden mit 12 Stimmen gegen 20 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, Enthaltung GRin Nolte, GR Gorondy) nicht angenommen.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass das Protokoll der Sitzung vom 13.06.2016 damit genehmigt ist.

zu Punkt 2:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund mehrheitlicher Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Dienstpostenplan für das Haushaltsjahr 2017 in der vorliegenden Form, wobei die Anzahl mit insgesamt 137 Dienstposten (davon 5 unbesetzte Dienstposten und 12 Pensionen mit 6 Ruhegenussempfängern und 6 Versorgungsgenussempfängern) festgesetzt ist. Bei Aufgliederung der 120 besetzten Dienstposten sind 1 Beamter und 95 Vertragsbedienstete (davon 16 Funktionsdienstposten), 16 Musiklehrer, 8 Dienstverhältnisse (davon 4 geringfügig beschäftigt, 2 Hausbesorger, 2 Kinderbetreuungspersonen) zu verzeichnen.

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und dieser wird mit 30 Stimmen gegen 2 Stimmen (Enthaltungen: SR Lauppert, GRin Böckl) angenommen.

zu Punkt 3:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund mehrheitlicher Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, den Nachtragsvoranschlag für das Haushaltsjahr 2017 inkl. Dienstpostenplan samt Haushaltsbeschluss in der vorliegenden Form, wobei die im ordentlichen Haushalt veranschlagten Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben mit einer Summe von insgesamt EUR 18.925.800,- und im außerordentlichen Haushalt veranschlagten Bruttoeinnahmen und Bruttoausgaben mit einer Summe von insgesamt EUR 5.296.700,- festgesetzt sind.

Nach Wortmeldung von GRin Bergauer stellt diese folgenden

Gegenantrag:

Der Budgetposten Vh13 Turnsaalsanierung im AOH von 1.099.900,- möge wie bisher geplant, erhalten bleiben da die geplante Turnsaalsanierung notwendig und sinnvoll ist.

Der Budgetposten im OH: Scha 2 Turnsaal Austausch Glasfront von 17.000,- möge gestrichen werden, da er im Rahmen einer Komplettsanierung nicht erforderlich ist.

Nach einer kurzen Erläuterung lässt der Vorsitzende über den Gegenantrag abstimmen und er wird mit 8 Stimmen gegen 24 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, SR Lauppert, GRin Böckl, GRin Nolte, Enthaltungen: FPÖ) nicht angenommen.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Hauptantrag abstimmen und dieser wird mit 22 Stimmen gegen 10 Stimmen (Gegenstimmen: WIR, GRÜNE, Enthaltungen SPÖ) angenommen.

zu Punkt 4.1:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gewährung einer Subvention für die Katholische Jungschar für das Ferienlager 2017 in der Höhe von € 2.500,00

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und er wird mit 30 Stimmen gegen 2 Stimmen (Enthaltung: FPÖ) angenommen.

zu Punkt 4.2:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gewährung einer Subvention für die Sportunion Sektion Basketball für das Trainingslager 2017 in der Höhe von € 1.000,00

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und er wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 4.3:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gewährung einer Subvention für die Sparta für das Trainingslager und Sommer Camp 2017 in der Höhe von € 1.000,00

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und er wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 4.4:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gewährung einer Subvention für den Stocksportverein für das Bundesländerturnier 2017 in der Höhe von € 500,00

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und er wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 4.5:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die Gewährung einer Subvention für die Sportunion für die Fassadenrenovierung der Halle in der Höhe von € 3.000,00

Es folgt eine kurze Debatte mit Wortmeldungen von GRin Bergauer, GR Quirgst und Erläuterungen des Vorsitzenden. Dieser lässt über den Antrag abstimmen und er wird mit 30 Stimmen gegen 2 Stimmen (Enthaltung: Grüne) angenommen

zu Punkt 5:

erteilt der Vorsitzende SR Mandl das Wort und dieser stellt aufgrund mehrstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen den Ankauf von EDV Hardware und Lizenzen für das Amtsgebäude gem. dem Anbot der Fa. Gemdat in der Höhe von € 66.661,70 netto zuzüglich Installationskosten in der Höhe von € 124,00/Stunde netto abzüglich der Kostenersätze von den Verbänden (Gav, Stabv). (Die verbleibenden Gesamtkosten für die Stadtgemeinde würden bei einer geschätzten Installationszeit von 60 Stunden somit € 62.986,45 netto betragen.)

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und er wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 6:

erteilt der Vorsitzende SRin Mühl-Hittinger das Wort und diese stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen die Zustimmung zum vorliegenden Antrag gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz, entsprechend dem Teilungsplan GZ 3903/17 des D.I. Erich Brezovsky, hinsichtlich der GStNr. 89/129 und 89/438 (Eckabtretung).

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und dieser wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 7:

erteilt der Vorsitzende SRin Mühl-Hittinger das Wort und diese stellt aufgrund mehrstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen die Zustimmung zum vorliegenden Antrag gem. § 13 Liegenschaftsteilungsgesetz, entsprechend dem Teilungsplan GZ 9299 des D.I. Karl Schweinhammer, hinsichtlich der GStNr. 105/227,105/118,105/119,105/120 (Abtretung in das öffentliche Gut).

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und dieser wird einstimmig angenommen.

zu Punkt 8:

erteilt der Vorsitzende SRin Mühl-Hittinger das Wort und diese stellt aufgrund mehrstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen die Zustimmung zum vorliegenden Übereinkommen über die vorübergehende Grundinanspruchnahme mit der Autobahnen – und Schnellstraßen-Finanzierungs-AG (ASFINAG), betreffend das Grundstück Nr. 1702, KG 6031.

Es folgt eine Debatte mit wiederholten Wortmeldungen von SR Lauppert, GR Cermak, SR Nikitscher und Erläuterungen des Vorsitzenden. Letztgenannter unterbricht die Sitzungstätigkeit für innerfraktionelle Beratungen von 20:40 bis 20:48 Uhr. Nach Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit gibt SRin Mühl-Hittinger bekannt, dass der Antrag zurückgezogen wird.

zu Punkt 9:

erteilt der Vorsitzende SRin Mühl-Hittinger das Wort und diese stellt aufgrund mehrstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram beschließt nach Erörterung der eingelangten Stellungnahmen in seiner Sitzung vom 22.06.2017, Top 9, folgende

V e r o r d n u n g

§ 1 Bebauungsplan

Auf Grund des § 33 und § 34 Abs. 1 und 2 NÖ Raumordnungsgesetz 2014 LGBl. Nr. 3/2015 i.d.g.F. wird hiermit der Bebauungsplan für die KG Deutsch Wagram dahingehend abgeändert (4. Änderung), dass an Stelle der in der zugehörigen Plandarstellung des Bebauungsplans kreuzweise rot durchgestrichenen Signaturen und Umrandungen, welche hiermit außer Kraft gesetzt werden, die durch rote Signaturen und Umrandungen dargestellten neuen Bebauungsbestimmungen bzw. Kenntlichmachungen treten.

§ 2 Allgemeine Einsichtnahme

Die in § 1 angeführte und von der Büro Dr. Paula, Raumplanung, Raumordnung und Landschaftsplanung ZT-GmbH unter Zl. G17061/B4/17 verfasste Plandarstellung, welche mit einem Hinweis auf diese Verordnung versehen ist, liegt im Gemeindeamt während der Amtsstunden zur allgemeinen Einsicht auf.

§ 3 Schlussbestimmung

Diese Verordnung tritt nach ihrer Kundmachung mit dem, auf den Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Es folgen Wortmeldungen von SR Lauppert, SR Nikitscher, GR Bogner und Erläuterungen des Vorsitzenden. GR Bogner stellt nach einer weiteren Wortmeldung folgenden

„*Ergänzungsantrag*“:

Die Gemeinde DW legt als Bedingung für die Änderung des Bebauungsplanes fest, dass Firma Glock jene Grundstücksanteile für eine Errichtung einer Verbindungsstraße vom P&R Platz zur Bockfließersstraße an die Gemeinde DW abtritt, womit zu einer Verkehrsentlastung im Wohngebiet bei der bestehenden Zufahrt zum P&R Platz kommt.

(wortwörtliche Abschrift des handschriftlichen Antrags)

Es folgen wiederholte Wortmeldungen von SR Lauppert, SR Mandl, SR Nikitscher, GR Bogner, GRin Bergauer und wiederholte Stellungnahmen des Vorsitzenden. Letztgenannter unterbricht die Sitzungstätigkeit für innerfraktionelle Beratungen von 21:06 bis 21:22 Uhr. Während der Sitzungsunterbrechung verlässt GR Gorondy entschuldigt die Sitzung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzungstätigkeit gibt der Vorsitzende bekannt, dass der als „Ergänzungsantrag“ bezeichnete Antrag unzulässig ist und auch vom Tagesordnungspunkt nicht miterfasst wird.

Nach weiteren Wortmeldungen von SR Nikitscher, SR Lauppert, GR Bogner, SR Mandl, GR Hiermann, GRin Böckl und wiederholte Erläuterungen des Vorsitzenden, gibt SRin Mühl-Hittinger bekannt, dass der Antrag zurückgezogen wird.

zu Punkt 10:

erteilt der Vorsitzende SRin Toth das Wort und diese stellt aufgrund einstimmiger Empfehlung im Stadtrat folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen die Genehmigung zum Abschluss des vorliegenden Mietvertrages mit der ÖBB Infrastruktur AG, betreffend Teile des Erdgeschosses des Bahnhofgebäudes, Am Bahnhof 78.

Ohne weitere Wortmeldungen lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und dieser wird mit 30 Stimmen gegen 1 Stimme (Enthaltung: GRin Nolte) angenommen.

zu Punkt 11:

(Dringlichkeitsantrag)

„Förderung Turnsaal Mustersanierung“ erteilt der Vorsitzende zuerst GRin Bergauer das Wort. Es folgt eine Debatte mit Wortmeldungen von GR Allmer, VizeBGM in Schlederer, GRin Bergauer, SR Lauppert und Erläuterungen des Vorsitzenden. GR Quirgst stellt nach einer weiteren Wortmeldung folgenden

Antrag:

Da die Sanierung trotz Abzug der zugesagten Förderung den Kosten eines Neubaus gleichkommt oder übersteigt, entschließt sich der Gemeinderat die Sanierung des alten HS Turnsaales mit den Architekten AH3 nicht durchzuführen.

(wortwörtliche Abschrift des handschriftlichen Antrags)

Nach einer weiteren Wortmeldung von GRin Bergauer stellt diese folgenden

Antrag:

Ich stelle den Antrag, dass eine Kostenschätzung für einen Neubau eingeholt wird.

(von Antragstellerin diktiert)

SR Lauppert stellt anschließend folgenden

Gegenantrag:

Die Angelegenheit ist dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

(vom Antragsteller diktiert)

Der Vorsitzende lässt zuerst über den Gegenantrag, eingebracht von SR Lauppert abstimmen und dieser wird mit 13 Stimmen gegen 18 Stimmen (Gegenstimmen: ÖVP, Enthaltungen: GR Allmer, GR Artner, GR Wald) nicht angenommen.

Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag, eingebracht von GR Quirgst abstimmen und dieser wird mit 20 Stimmen gegen 11 Stimmen (Enthaltungen: SPÖ, WIR, Grüne, GRin Nolte) angenommen.

Abschließend bringt der Vorsitzende den Antrag von GRin Bergauer zur Abstimmung und er wird mit 9 Stimmen gegen 22 Stimmen (Enthaltungen: ÖVP, SPÖ, Gegenstimmen: SR Spehn, SRin Todt, SR Mandl) nicht angenommen.

zu Punkt 12:
(Dringlichkeitsantrag)

erteilt der Vorsitzende VizeBGMIn Schlederer das Wort und diese stellt folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen die Zustimmung zur vorliegenden Resolution

RESOLUTION

Förderung der Inklusion bei gleichzeitigem Erhalt der Sonderschulen

Sonderpädagogische Förderung unterstützt Kinder und Jugendliche mit physischen, kognitiven und psychischen Beeinträchtigungen beim Erwerb ihren individuellen Möglichkeiten entsprechender Kompetenzen mit dem Ziel gesellschaftlicher Teilhabe und selbständiger Lebensgestaltung. Diese individuelle Förderung braucht Lernräume, die jedem Schüler bzw. jeder Schülerin die entsprechende, notwendige Unterstützung gibt, die sie für ihren individuellen Erfolg benötigen.

Dabei setzt das Bildungssystem in Niederösterreich erfolgreich auf zwei Varianten der individuellen Förderung. Einerseits besuchen körper- und sinnesbehinderte Kinder und Jugendliche seit Jahren allgemeine Schulen und werden dort inklusiv unterrichtet, wobei in einzelnen Gegenständen (Stichwort: Bewegung und Sport) Ausnahmen bei der Teilnahme bzw. Beurteilung möglich sind. Andererseits sind einige Schülerinnen und Schüler aufgrund ihrer physischen und/oder psychischen Beeinträchtigung nicht in der Lage, dem Unterricht in den größeren Schülergruppen der Regelschule zu folgen. Gerade für diese Kinder und Jugendlichen bieten die verschiedenen Formen von Sonderschulen in Niederösterreich das richtige Lernumfeld für die persönliche und schulische Weiterentwicklung.

Zahlreiche mediale Aussagen der Bundesministerin für Bildung, die in einem „Stufenplan“ die Abschaffung der Sonderschulen bei gleichzeitiger Postulierung des inklusiven Unterrichts als einzige Möglichkeit vorsehen will, machen Eltern, Schulpsychologen und Pädagoginnen und Pädagogen Sorge: Demzufolge könnten die Sonderschulen als individuell fördernde Einrichtungen in wenigen Jahren abgeschafft werden und alle Kinder und Jugendlichen, die bisher eine Sonderschule besuchen, müssten in inklusiven Unterricht in Regelschulen wechseln. Dies entspricht weder dem wesentlichen Grundsatz der Wahlfreiheit der Eltern, noch ist es (wie die Erfahrungen aus der Praxis zeigen) für alle Kinder der richtige Weg. Eltern von Kindern mit erhöhtem Förderbedarf wissen ganz genau, welche Möglichkeiten, Fähigkeiten und Chancen ihre Kinder in einer allgemeinen Pflichtschule haben oder ob sie in einer Sonderschule eine bessere Lernumgebung für ihre Kinder vorfinden.

Inklusiver Unterricht soll überall dort gefördert und unterstützt werden, wo es möglich und sinnvoll ist. Es braucht aber darüber hinaus individuelle Förderinstrumente und Lernräume für Kinder und Jugendliche, die nur in Sonderschulen möglich sind.

Das Bundesministerium für Bildung wird aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu treffen, dass die Inklusion gefördert, der Erhalt der Sonderschulen jedoch weiter sichergestellt wird. Die Resolution wurde in der Sitzung des Gemeinderates am 22. Juni 2017 beschlossen

Der Bürgermeister

Nach wiederholten Wortmeldungen von GR Bogner, SR Nikitscher, GRin Bergauer, VizeBGMIn Schlederer, SR Lauppert, GRin Predl, SR Mandl, GRin Böckl und wiederholten Erläuterungen des Vorsitzenden, lässt dieser über den Antrag abstimmen und er wird mit 24 Stimmen gegen 7 Stimmen (Gegenstimmen: SPÖ, Enthaltung: Grüne) angenommen.

zu Punkt 13:
(Dringlichkeitsantrag)

erteilt der Vorsitzende GR Cermak das Wort und dieser stellt folgenden Antrag:

Klares NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe

Die Gemeinderatsfraktion der FPÖ Deutsch-Wagram stellt den Antrag um Ergänzung der Tagesordnung betreffend Resolution „Klares NEIN zur Errichtung eines tschechischen Atommüllendlagers in Grenznähe“ an den NÖ Landtag, die NÖ Landesregierung, den Nationalrat und die Bundesregierung.

Seit Jahren droht an der Grenzregion zum Waldviertel ein Atommüllendlager zu entstehen. Nun werden die Ausbaupläne immer konkreter und spätestens im Jahr 2018 will die tschechische Regierung entscheiden, an welchem Standort die radioaktiv verbrauchten Brennstäbe aus ihren Atomkraftwerken endgelagert werden. In der engeren Auswahl befinden sich zahlreiche Orte nahe der österreichischen Grenze. Als potenzieller Standort wird vermehrt das südböhmische Cihadlo bei Lodherov (Riegersschlag) genannt. Cihadlo ist lediglich 25 Kilometer von der Grenze zu Niederösterreich entfernt und würde als Atommüllendlager ein enormes Gefahrenpotenzial, allen voran für die Niederösterreicher und die „Grenzbevölkerung“, darstellen.

Tatsache ist, dass bis dato noch immer kein sicheres Endlagersystem entwickelt wurde und Niederösterreich ohnehin mitten in der Gefahrenzone der überalterten, störanfälligen Atommeiler Tschechiens und der Slowakei liegt. Mit Stichtag Ende 2017 sind neun der 14 in Betrieb befindlichen Atomkraftwerke in Temelin, Dukovany, Bohunice, Mochovce und Paks 30 Jahre und länger in Betrieb. Alleine in Temelin gab es in den letzten Jahren über 130 (!) bekannte Störfälle. Die Folgen eines atomaren Unfalls in einem der Ost-AKW wären katastrophal. Ebenso gefährlich und bedrohlich ist die von Tschechien angepeilte, grenznahe Atommüllendlagerung. Im Interesse einer sicheren Zukunft unseres Bundeslandes sowie der Gesundheit der Niederösterreicher und nachfolgender Generationen muss die grenznahe Atommüllendlagerung mit allen Mitteln verhindert werden.

Begründung der Dringlichkeit: Nachdem sich jetzt die Anzeichen verdichtet haben, dass tatsächlich der grenznahe Standort in Cihadlo bei Lodherov (Riegersschlag) favorisiert wird, muss dieser Entwicklung so rasch wie möglich mit allen legitimen und insbesondere mit rechtlichen Möglichkeiten entschieden entgegengetreten werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

„1. Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram spricht sich im Sinne der Antragsbegründung entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe aus.

2. Der NÖ Landtag, die NÖ Landesregierung, der Nationalrat und die Bundesregierung werden im Sinne der Antragsbegründung aufgefordert entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe einzutreten und alle rechtlichen Schritte zu setzen um sicherzustellen das dieses auch verhindert wird.“

Es folgen Wortmeldungen von GRin Bergauer, GR Cermak, SR Mandl und SR Nikitscher. Anschließend lässt der Vorsitzende über den Antrag abstimmen und dieser wird einstimmig angenommen. Anm.: SR Lauppert ist während der Abstimmung nicht im Sitzungssaal.

zu Punkt 14:

Stadtbus (verlangt nach § 46 Abs. 1 NÖGO) erteilt der Vorsitzende SRin Toth das Wort und diese stellt folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass der Busbetrieb zur Steigerung der örtlichen Mobilität durch den Verein „Mobilität Deutsch-Wagram“ durchgeführt wird.

Der Verein „Mobilität Deutsch-Wagram“ hat durch den Konkursfall und den erfolgten Betriebsabkauf die Nachfolge des Vereins „Stadtbus NÖ“ angetreten und wird von der Stadtgemeinde Deutsch-Wagram bei der Umsetzung unterstützt.

SR Mandl und GRin Nolte erklären um 22:27 Uhr ihre Befangenheit und verlassen den Sitzungssaal. Es folgen Erläuterungen des Vorsitzenden und Wortmeldungen von SR Nikitscher und SR Lauppert, der anschließend folgenden Antrag stellt:

Antrag:

Die Stadtgemeinde faßt den Grundsatzbeschluss zur besseren Erkennbarkeit und Werbewirksamkeit alle Bushaltestellen einheitlich in einer ansprechenden Form wie in diesem Antrag bildlich dargestellt zu gestalten.



Der Vorsitzende stellt folgenden

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass GRin Nolte und SR Mandl an der Sitzung wieder zur Beratung anwesend sein können.

Der Vorsitzende bringt seinen Antrag zur Abstimmung und dieser wird mit 24 Stimmen gegen 5 Stimmen (Enthaltungen: SPÖ) angenommen. SR Mandl und GRin Nolte nehmen ab 22:33 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Es folgt eine Debatte mit zum Teil wiederholten Wortmeldungen von SR Lauppert, SR Mandl, GRin Böckl und Erläuterungen des Vorsitzenden. Nach einer weiteren Wortmeldung stellt SRin Toth folgenden

Antrag:

Der von SR Lauppert eingebrachte „Grundsatzbeschluss“ soll dem zuständigen Ausschuss zur Behandlung zugewiesen werden.

Ohne Wortmeldung lässt der Vorsitzende über diesen Antrag abstimmen und er wird einstimmig angenommen. Anschließend lässt der Vorsitzende über den ersten Antrag, eingebracht von SRin Toth abstimmen und dieser wird mit 19 Stimmen gegen 10 Stimmen (Gegenstimmen: SR Lauppert, GR Hiermann, GR Bogner, Enthaltungen: SPÖ, GRin Böckl, GRin Bergauer) angenommen.

Nachdem die Gegenstände der Tagesordnung im öffentlichen Teil der Gemeinderatssitzung einer Erledigung zugeführt wurden und es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit um 22:40 Uhr durch

den Vorsitzenden. Danach werden die Gegenstände der Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils der Gemeinderatssitzung einer Behandlung zugeführt.

Aufgrund der getrennten Anlage des Protokolls der Gemeinderatssitzung in einen öffentlichen Teil und einen nichtöffentlichen Teil, wird nur das Abstimmungsergebnis über die Gegenstände des nichtöffentlichen Teils im Protokoll über den öffentlichen Teil festgehalten: Die TO Punkte 15.1 bis 15.7 wurden angenommen, zum TO Punkt 16 wurden 2 Anträge angenommen. Das Protokoll über den nichtöffentlichen Teil bildet aber einen wesentlichen Bestandteil des Protokolls der Gemeinderatssitzung.

Schriftführer:

Vorsitzender:

Mag. (FH) Matthias Lawugger

Bgm. Friedrich Quirgst

für die ÖVP:

für die SPÖ:

GR Mag. Hannes Quirgst

GR Gustav Ewald

für die !wir für Deutsch-Wagram:

für die GRÜNEN:

GRin Daniela Böckl

GRin. D.I. Dr. Bettina Bergauer

für die FPÖ:

fraktionslos:

GR Werner Cermak

GRin D.I. Sabine Nolte